

**media.net berlinbrandenburg e.V.
Berlin**

**Bescheinigung zur prüferischen Durchsicht des
Jahresabschlusses
31. Dezember 2021**

**Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**



Inhaltsverzeichnis

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

Anlagen

- 1 Bilanz
- 2 Gewinn- und Verlustrechnung
- 3 Anhang

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis: Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten



Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die media.net berlinbrandenburg e.V.

Wir haben den Jahresabschluss der media.net berlinbrandenburg e.V., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des Jahresabschlusses unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der Jahresabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt worden ist oder ein unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht vermittelt. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der Jahresabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt worden ist oder ein unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht vermittelt.

Dem Auftrag, in dessen Erfüllung wir vorstehend benannte Leistungen für die media.net berlinbrandenburg e.V., Berlin, erbracht haben, lagen die „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der Fassung vom 1. Januar 2017 (Anlage) zugrunde. Durch Kenntnisnahme und Nutzung der in dieser Bescheinigung enthaltenen Informationen bestätigt der jeweilige Empfänger, die dort getroffenen Regelungen (einschließlich der Haftungsregelungen



unter Nr. 9 dieser Allgemeinen Auftragsbedingungen) zur Kenntnis genommen zu haben und erkennt deren Geltung im Verhältnis zu uns an.

Diese Bescheinigung ist nur für Zwecke der Information der gesetzlichen Vertreter der media.net berlinbrandenburg e.V. gedacht und darf nicht für andere Zwecke verwendet oder an Dritte weitergegeben werden. Eine Weitergabe des Berichts an einen Dritten ist nur im Einzelfall möglich, sofern wir mit dem Dritten diesbezüglich eine gesonderte schriftliche Vereinbarung treffen.

Berlin, 14. Juni 2022

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

von Michaelis
Wirtschaftsprüfer

Beckers
Wirtschaftsprüfer

media.net berlinbrandenburg e.V., Berlin
Bilanz zum 31. Dezember 2021

| | EUR | 31.12.2020 EUR | | EUR | 31.12.2020 EUR |
|---|--------------------------|--------------------------|---|--------------------------|--------------------------|
| A. Anlagevermögen | | | A. Eigenkapital | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 16.561,00 | 24.835,00 | I. Gewinnvortrag | 110.155,35 | 108.663,94 |
| II. Sachanlagen | 2.396,00 | 3.756,00 | II. Jahresüberschuss | 8.591,28 | 1.491,41 |
| III. Finanzanlagen | 12.500,00 | 12.500,00 | | 118.746,63 | 110.155,35 |
| | <u>31.457,00</u> | <u>41.091,00</u> | | | |
| B. Umlaufvermögen | | | B. Rückstellungen | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 62.971,69 | 31.916,71 | 1. Steuerrückstellungen | 876,70 | 0,00 |
| II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten | 282.349,40 | 162.365,30 | 2. Sonstige Rückstellungen | 134.932,36 | 34.159,77 |
| | <u>345.321,09</u> | <u>194.282,01</u> | | 135.809,06 | 34.159,77 |
| | | | C. Verbindlichkeiten | | |
| | | | 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 50.424,04 | 15.147,33 |
| | | | 2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 6.250,00 | 6.250,00 |
| | | | 3. Sonstige Verbindlichkeiten | 25.925,40 | 23.886,62 |
| | | | | <u>82.599,44</u> | <u>45.283,95</u> |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 15.919,88 | 10.026,06 | D. Rechnungsabgrenzungsposten | 55.542,84 | 55.800,00 |
| | <u><u>392.697,97</u></u> | <u><u>245.399,07</u></u> | | <u><u>392.697,97</u></u> | <u><u>245.399,07</u></u> |

media.net berlinbrandenburg e.V., Berlin
Gewinn- und Verlustrechnung für 2021

| | <u>EUR</u> | <u>2020</u> <u>EUR</u> |
|--|------------------------|---------------------------|
| 1. Umsatzerlöse | 1.122.721,40 | 1.151.380,22 |
| 2. Sonstige betriebliche Erträge | 7.896,65 | 23.667,65 |
| 3. Materialaufwand | | |
| a) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 352.933,22 | 416.479,28 |
| 4. Personalaufwand | | |
| a) Löhne und Gehälter | 516.460,38 | 480.172,96 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 95.904,08 | 92.219,52 |
| | <u>612.364,46</u> | <u>572.392,48</u> |
| 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 9.634,00 | 14.940,64 |
| 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 145.071,33 | 169.500,26 |
| 7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 265,86 | 95,00 |
| 8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | <u>1.663,70</u> | <u>-0,20</u> |
| 9. Ergebnis nach Steuern | 8.685,48 | 1.640,41 |
| 10. Sonstige Steuern | <u>94,20</u> | <u>149,00</u> |
| 11. Jahresüberschuss | <u>8.591,28</u> | <u>1.491,41</u> |

1. Grundlagen

Der media.net berlinbrandenburg e.V., Berlin („media.net e.V.“) erstellt die Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung und den Anhang nach den für kleine Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB). Die Gliederung und die Bezeichnung der Posten des Jahresabschlusses sind dabei den besonderen Verhältnissen des Vereins angepasst.

Ausgangsbasis für die nach den Vorschriften des HGB erstellte Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und den Anhang waren die Kassengeschäfte des Vereins.

2. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für den Jahresabschluss werden die folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

A k t i v a

| | |
|---|--|
| Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen, Finanzanlagen | Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs-/Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen. Planmäßige Abschreibungen für abnutzbare immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden pro rata temporis vorgenommen. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Ab dem Geschäftsjahr 2010 werden selbstständig nutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten die Wertuntergrenze von 800 € nicht übersteigen, im Jahr der Akquisition vollständig abgeschrieben, ihr sofortiger Abgang wird unterstellt. Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet und nur dann außerplanmäßig abgeschrieben, wenn ihr Zeitwert den Buchwert unterschreitet. |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag angesetzt. Einzelrisiken werden durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. |
| Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten | Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag angesetzt. |
| Rechnungsabgrenzungsposten | Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält Zahlungen, die Aufwand des Folgejahres darstellen. |

P a s s i v a

| | |
|--|--|
| Eigenkapital | Die Bewertung des Eigenkapitals erfolgt zum Nennwert. |
| Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen | Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Bei der Bemessung dieser Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung getragen. |
| Verbindlichkeiten | Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag. |
| Rechnungsabgrenzungsposten | Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält Einzahlungen, die Erträge des Folgejahres darstellen. |

3. Erläuterungen zur Bilanz

Sämtliche **Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

4. Nachtragsbericht

Seit dem 11. März 2020 stuft die Weltgesundheitsorganisation WHO die Verbreitung des Coronavirus als Pandemie ein. Die durch die Bundesregierung deutschlandweit beschlossenen Lockdown-Maßnahmen hatten in 2020 und 2021 weiterhin einen starken Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des Vereins. Insbesondere sind Präsenzveranstaltungen nicht gestattet. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf der Erlösseite. Insbesondere die Erträge aus Sponsoring und Teilnehmerbeiträgen waren in 2021 rückläufig. Im Geschäftsjahr 2021 ist es gelungen, durch entsprechende Aufwandseinsparungen die Mindererlöse weitestgehend zu kompensieren, so dass das Geschäftsjahr mit einem leicht positiven Ergebnis abgeschlossen werden konnte.

Die Folgen für den Geschäftsverlauf und insbesondere für die Liquiditätslage des Vereins werden laufend und eng überwacht. Der Vorstand geht davon aus, dass der Verein trotz dieser Einschränkungen und des erwarteten negativen Jahresergebnisses auch in Zukunft über ausreichende Liquidität verfügt.

5. Sonstige Angaben

Beteiligungsunternehmen

Im Geschäftsjahr wurde ein Geschäftsanteil von 50% (TEUR 12,5) an der MediaTech Hub Potsdam Management GmbH, Potsdam, erworben. Das Eigenkapital per 31. Dezember 2020 der MediaTech Hub Potsdam Management GmbH beläuft sich auf TEUR 61,6 und der Jahresüberschuss für 2020 auf TEUR 40,5.

6. Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Aufsichtsrat und die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

Dem **Vorstand** gehören bzw. gehörten seit dem 1. Januar 2021 an:

Jeannine Koch (Vorstandsvorsitzende), seit dem 1. Januar 2021

Prof. Dr. Susanne Stürmer (stellvertretende Vorsitzende)

Rainer Weichhaus (Finanzvorstand), seit dem 11. Juni 2020

Stephan Bayer (Vorstand Digital), seit dem 13. November 2019

Dem **Aufsichtsrat** gehören an:

Bernd Schiphorst (Aufsichtsratsvorsitzender)
Senior Consultant

Verena Pausder (stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende)
Pausder Ventures GmbH

Oliver Beste
Geschäftsführer, Beste Beteiligungen GmbH

Frank Briegmann
President & CEO, Universal Music Entertainment GmbH

Dr. Stephanie Caspar
President Classifieds Media at Axel Springer SE

Christoph Fisser
Vorstand, Studio Babelsberg

Dr. Florian Heinemann
CEO, Project A Ventures

Dr. Tonio Kröger
CEO, antoni GmbH

Dr. Nikolaus Lindner (LL.M.)
Geschäftsführer eBay Germany

Axel Menneking
VP Startup Incubation & Venturing, Managing Director – Deutsche Telekom AG

Stephanie Richter
COO und Co-Founder Bidmanagement GmbH/ Adspert

Boris Wasmuth
Managing Director Marketing und Co-Founder GameDuell

Berlin, den 14. Juni 2022

media.net berlinbrandenburg e.V., Berlin

Jeannine Koch

Prof. Dr. Susanne Stürmer

Rainer Weichhaus

Stephan Bayer

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen dagegen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.